

EnviaM-Chef Dr. Stephan Lowis beim OWF-ZUKUNFT: „Die Energiewende muss auch Spaß machen“



Auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum diskutierten Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Christian Pegel und führende Vertreter der ostdeutschen Energiewirtschaft über den Stand und die Perspektiven der Energiewende in Ostdeutschland.

Unter der Leitung von Dr. Robert Herrmann, Geschäftsführer German Trade & Invest (GTAI), debattierten in einem Werkstattgespräch Dr. Stephan Lowis, Vorstandsvorsitzender der envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM) in Chemnitz, Bodo Rodestock, Vorstand Finanzen/Personal/IT bei der VNG AG in Leipzig und Stefan Kapferer, Vorsitzender der 50Hertz Transmission GmbH in Berlin mit Christian Pegel, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern, über den anstehenden Strukturwandel in der Energiebranche.



enviaM-Vorstandschef Dr. Stephan Lowis. Foto: Jürgen Jeibmann

Dr. Stephan Lowis bezeichnete dabei die hohe Ausbauquote der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland als „einen Schatz“. Die Energiewende fände in der Industrie bereits statt, die Nachfrage nach „grünem“ Strom etwa in der Chemie-, Zement- oder Aluminiumindustrie sei vorhanden. Dieser Standortvorteil müsse nun nutzbar gemacht werden. Dazu forderte Lowis mehr Investitionssicherheit beim Ausbau der Netze.

Auch Bodo Rodestock wünschte sich mehr Tempo bei der Energiewende. „Wir müssen noch schneller Klimaneutralität anstreben“ sagte Rodestock. Die Stromwende allein sei nicht ausreichend, die wirkliche Wende fände im Wärmebereich und in der Mobilität statt. Dabei besteht aus Sicht von Rodestock für die Politik die Aufgabe, die Menschen auf diesem Weg nicht zu verlieren. Dr. Lowis riet in diese Zusammenhang: „Die Energiewende muss auch Spaß machen.“ Als Beispiel nannte er die Möglichkeit der Konsumenten, über Apps den eigenen Energieverbrauch aktiv zu managen.



Stephan Kapferer, 50 Hertz. Foto: W+M

Auch Stefan Kapferer bemängelte zu lange Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Netzinfrastruktur. Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Christian Pegel hob hervor, dass sein Bundesland schon 2011 die Bedeutung des Themas mit der Einrichtung eines eigenständigen Energieressorts erkannt habe. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei eine Riesenchance für sein Land. Stefan Kapferer verwies auf die Initiative seines Unternehmens 50Hertz, bis zum Jahr 2032 in seinem Netzgebiet 100 Prozent der Stromnachfrage aus erneuerbaren Energien zu decken und diese sicher in Netz und System zu integrieren.



*Bodo Rodestock
Foto: W+M*

Ein wichtiger Erfolgsfaktor beim Strukturwandel der Energiebranche ist nach Ansicht aller Beteiligten die im Aufbau befindliche Wasserstoffindustrie. Bodo Rodestock verwies auf den Wasserstoff-Masterplan Ostdeutschland, den drei Fraunhofer-Institute jüngst vorgelegt haben. Er zeige, dass Ostdeutschland beste Voraussetzungen für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sowohl auf der Erzeuger-, als auch auf der Abnehmerseite besäße. Die Stärken einzelner Bundesländer seien eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Diese mahnte Rodestock ausdrücklich an: „Es braucht eine koordinierende Stelle auf politischer Ebene.“ Die Studie belege, dass Ostdeutschland beim Wasserstoff deutliche bessere Potenziale habe, es müssten aber über 600 Akteure gemeinschaftlich daran arbeiten. „Wenn das nicht gelingt, werden wir es nicht hinbringen“, rief Rodestock zu Kooperation statt Konkurrenz auf Länderebene auf.



Christian Pegel. Foto: Jan Pauls Fotografie

Christian Pegel gab zu bedenken, dass Wasserstoff in einer Übergangsphase noch kein rein grüner Wasserstoff sein könne. Dazu sei der Bedarf bei der Umrüstung der Industrie zu groß. „Wir werden mehr Wasserstoff brauchen als in der Erzeugung möglich ist“, sagte Pegel und forderte eine Importstrategie für Wasserstoff. Als Teil einer solchen Importstrategie sehe er langfristig auch das umstrittene Pipeline-Projekt Nord Stream2. Hinsichtlich des Widerstands gegen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Teilen der Bevölkerung regte

Pegel eine stärkere Beteiligung der Standorte an den Erträgen der Projekte an.